



Interviews

Datum: 21. März 2026

Christoph Heinemann im Gespräch Anne Brorhilker, Vorstandsmitglied Bürgerbewegung Finanzwende

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Heinemann: Mit Christoph Heinemann und mit Anne Brorhilker, ehemalige Oberstaatsanwältin, Schrecken aller Cum- und aller Ex-Straftäter, seit Mitte 2024 ist sie Vorstandsmitglied der Bürgerbewegung Finanzwende. Dieser Verein wurde 2018 gegründet und setzt sich, nach eigener Beschreibung, ein für faire, stabile und nachhaltige Finanzmärkte, die den Menschen dienen sollen. Die Organisation finanziert sich hauptsächlich über Zuwendungen von Stiftungen, über Spenden und die Beiträge der Fördermitglieder. Ende des vergangenen Jahres erschien Anne Brorhilkers Buch mit dem Titel „Cum/Ex, Milliarden und Moral: Warum sich der Kampf gegen Wirtschaftskriminalität lohnt“. Wir zeichnen dieses Gespräch am Freitag auf. Guten Tag, Frau Brorhilker.

Brorhilker: Hallo, Herr Heinemann.

Heinemann: Nehmen wir den Untertitel Ihres Buches. Warum lohnt sich der Kampf gegen Wirtschaftskriminalität?

Brorhilker: Weil Wirtschaftskriminalität ein Riesenproblem ist in Deutschland, das kostet uns alles wahnsinnig viel Geld, und es ist einfach ein Gebot der Gerechtigkeit, dass wir diese Form von Kriminalität genau effektiv verfolgen wie jede andere Art von Kriminalität, aber gerade in diesem Bereich ist da noch ein bisschen Luft nach oben. Und mir geht es darum, dass wir erstens das Ziel entwickeln müssen, das zu ändern, und zweitens, dass wir das auch können, wenn wir jetzt an ein paar Stellschrauben drehen.

Heinemann: Welche?

Brorhilker: Vor allen Dingen muss die Verwaltung dafür besser aufgestellt werden. Das ist etwas, woran man gar nicht so in erster Linie denkt. In einer politischen Debatte geht es ja oft darum, dass man Gesetze verschärft oder Gesetze verändert. Das ist aber eigentlich gar nicht der Hauptfaktor, sondern warum es so schwierig ist in Deutschland, wirklich diese Taten überhaupt zu erkennen und dann auch

entschlossen zu verfolgen, das liegt vor allen Dingen daran, dass wir in Deutschland föderalistisch organisiert sind und es eben keine zentralen Behörden gibt, sondern ganz viele von ihnen auf Bundes- und Länderebene und die wahnsinnig wenig untereinander in Kontakt stehen, eigentlich gar nicht. Man spricht gar nicht untereinander. Und es gibt auch keine Art von Wissensmanagement. Von daher, wenn irgendwo unten links in der Republik Wissen da ist, ist es noch nicht oben rechts. Und insgesamt gibt es überhaupt in diesem Bereich der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität viel zu wenig Personal im operativen Bereich, also da wo die Arbeit gemacht wird, bei der Polizei, in der Steuerfahndung, beim Zoll und auch bei der Staatsanwaltschaft und bei den Gerichten. Da sind überall zu wenig Menschen. Und dadurch gibt es noch ein weiteres Problem, was das Ganze auch noch einmal multipliziert im Grunde genommen, das ist, dass diese Menschen in diesen Bereichen häufig ausgetauscht werden, weil Behörden in Deutschland, historisch gewachsen ist das so, auf Personalrotation setzen, also dass ihr Personal viel sehen soll und dann auch von links nach rechts verschoben wird. Das macht in anderen Bereichen durchaus Sinn, aber da, wo man eben spezielle Fachexpertise aufbauen muss, da verhindert das genau diesen Aufbau von Fachexpertise. Und das ist gerade im Bereich von Wirtschaftskriminalität total hinderlich, weil man das ja eben braucht, und zweitens, weil eben auf der Gegenseite oft hochspezialisierte Anwaltsteams sitzen, die eben nichts anderes machen, als ihre Mandanten entsprechend zu beraten. Und von daher ist da ein großes Kräfteungleichgewicht.

Heinemann: Frau Brorhilker, das klingt jetzt so, als habe sich seit Ihrer Zeit nichts geändert.

Brorhilker: Ja, das ist, glaube ich, auch so.

Heinemann: Tatsächlich nichts geändert?

Brorhilker: Ja, also ich glaube schon, dass das Bewusstsein dafür gewachsen ist, weil ich ja jetzt auch seit einiger Zeit auf diese Probleme aufmerksam mache. Ich hatte anfangs, als ich damit angefangen habe, den Eindruck, dass das tatsächlich nicht bekannt war, auch Politikern nicht bekannt war, was mich jetzt gar nicht verwundert hat, weil Politiker ja nun auch nicht klassischerweise in der Verwaltung aufwachsen und da so die Umstände im Detail kennen, sodass das anfangs wirklich, glaube ich, schlichtweg nicht bekannt war, woran es eigentlich konkret mangelt. Und das habe ich aber jetzt schon öfter in der Öffentlichkeit angesprochen, sodass ich schon den Eindruck habe, dass das auch durchaus auf fruchtbaren Boden fällt, aber es sind hier vielfältige Maßnahmen erforderlich. Es muss ja in allen Bundesländern sozusagen auch erst einmal der Druck erkannt werden oder erst einmal die Problemlage erkannt werden und auch agiert werden. Und das ist in Verwaltungen,

wie wir das auch alle schon irgendwie immer so bemerken, ein langer Weg. Das geht alles nicht von heute auf morgen. Verwaltungen sind sehr starr und kleben so an ihren herkömmlichen Abläufen. Und das sind alles dicke Bretter, das anzugehen.

Heinemann: Die Cum/Ex-Straftäter ließen sich, wenn man es sehr vereinfacht ausdrücken möchte, Steuern erstatten, die sie zum Teil gar nicht gezahlt hatten. Sie sprechen von einem geschätzten Schaden von rund 40 Milliarden Euro alleine dadurch, und Sie vermuten, Frau Brorhilker, dass dem Staat durch Steuerhinterziehung insgesamt rund 100 Milliarden Euro pro Jahr entgehen. Das ist unfassbar viel Geld. Wie kommen diese Schätzungen zustande?

Brorhilker: Das sind jetzt keine Schätzungen, die ich selbst angestellt habe, sondern die Schätzungen zum Cum/Ex- und Cum/Cum-Schaden, beides zusammen wird auf etwa diese Höhe geschätzt, also etwa 40 Milliarden. Die stammen von Professor Spengel, der im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums sitzt und auch schon bei dem Bundestagsuntersuchungsausschuss 2016 als Sachverständiger tätig war. Also er kennt sich wirklich mit der Materie aus. Und der hat eben diese Schätzungen angestellt. Er hat das sehr vorsichtig gemacht. Ich hatte ja nun selber mit der Aufklärung dieser Fälle zu tun und habe mit vielen Tätern, die da jahrelang aktiv waren, auch gesprochen. Und ich habe aus diesen Gesprächen den Eindruck, dass die Schätzungen einfach noch zu vorsichtig sind, also dass der tatsächliche Schaden bei Cum/Ex und Cum/Cum noch viel höher liegt. Das sieht man auch zum Beispiel an den bisher öffentlichen Zahlen, die öffentlich bekannt sind über die Medien. Also da haben wir jetzt heute zum Beispiel gehört, dass die Deutsche Bank alleine durch Cum/Cum einen Schaden von 600 Millionen verursacht haben soll. Vorher ist schon berichtet worden, dass die DekaBank einen von 500 Millionen verursacht haben soll und die SEB, das ist eine schwedische Bank, sogar von fast einer Milliarde. Das sind ja alles unfassbar große Fälle. Und das sind nur einzelne Bankinstitute gewesen. Also da kriegt man schon so ein Gefühl dafür, dass das wahrscheinlich doch echt ein Riesenbrocken ist, der uns da echt viel Geld gekostet hat. Und die Schätzungen zum Gesamtschaden der Steuerhinterziehung, wozu ja auch noch andere Formen der organisierten Steuerkriminalität gehören, wie zum Beispiel Umsatzsteuerkarusselle oder eben auch Schwarzarbeitsgeflechte, das wird eben auf etwa 100 Milliarden geschätzt, oft liegt es sogar nicht etwas darüber. Das sind verschiedene Quellen, die das schätzen. Diese Dimension, die ja unfassbar ist, es ist ein Fünftel des aktuellen Staatshaushalts, halte ich auch eigentlich für plausibel aus der Praxis heraus, weil ich einfach sehe, wie hoch die Schäden sind in der Praxis, auch durch Umsatzsteuerkarusselle. Und es ist ungefähr auch das, was andere europäische Staaten schätzen. Also von daher scheint mir diese Zahl durchaus plausibel zu sein.

Heinemann: Sie begannen 2013 mit Ihren Ermittlungen. Wann wurde Ihnen der Umfang der Cum/Ex-Straftaten klar?

Brorhilker: Nicht direkt am Anfang, am Anfang gingen meine Kollegen und auch die Kollegen in Frankfurt, die auch mit diesen Ermittlungen begonnen hatten, davon aus, dass es eine kleine Gruppe schwarzer Schafe ist. So wurde uns das auch von der Bankenbranche suggeriert, die immer davon sprach, es sind Einzelne, die hier über die Stränge schlagen. Und dann haben wir aber eben angefangen, da vertieft zu ermitteln, haben ja auch mit Insidern gesprochen, mit Kronzeugen. Und die berichteten uns dann schon, dass das jetzt keine kleine Gruppe war, sondern dass das ein fest etabliertes Geschäftsmodell von Investmentbanken ist, die teilweise auch in ihrem Organigramm diese Geschäfte offen ausgewiesen haben. Und da wurde uns dann berichtet, dass teilweise Menschen tatsächlich für Cum/Ex eingestellt worden sind.

Heinemann: Also die haben damit geworben, wir helfen Ihnen, Steuern zu hinterziehen?

Brorhilker: Ja, die nennen das natürlich nicht Steuerhinterziehung. Das ist ja naheliegenderweise kein Begriff, mit dem man so hausieren geht. Dann wird das eben als aggressive Steuerstrategie bezeichnet, oder manche framen das dann auch so, habe ich in Prospekten schon gelesen, wir sind die, die sich was trauen. So wird das dann geframt. Also der Begriff Steuerhinterziehung, der fällt nicht in der Kommunikation, die nach außen geht. Hinter den Kulissen wurde schon so offen darüber gesprochen, dass das wohl auch strafbar sein könnte, aber nach außen hin natürlich nicht. Und ich will nur sagen, das war und ist ein fest etabliertes Geschäftsmodell, was es weltweit gibt und auch gerade im europäischen Markt fest verankert ist und auch in Deutschland fest verankert ist. Das wurde uns eben durch diese Insider schon gesagt und etwa zeitgleich, die Vernehmungen fingen so 2017/18 an, und 2016 hatte in Nordrhein-Westfalen das Landesfinanzministerium einen Datenträger angekauft mit ganz vielen Cum-Ex-Fällen darauf, wo auch schon ersichtlich war, dass eine ganze Reihe von Banken involviert waren. Also da geriet nun dieses ursprüngliche Bild etwas ins Wanken. Und da offenbarten sich die Dimensionen. Und dann haben wir natürlich weiter ermittelt. Und dann kamen ja immer mehr Fälle zum Vorschein, bis man jetzt zum Schluss in Köln gegen 1.700 Beschuldigte ermittelt.

Heinemann: Wie behält man da den Überblick?

Brorhilker: So wie immer im Leben, es gibt natürlich auch in anderen Bereichen Fälle mit vielen Beschuldigten, im Drogenhandel und überall. Also da hat man jetzt bei einer Staatsanwaltschaft zum Beispiel schon seine Möglichkeiten, das so zu

sortieren, dass man da den Überblick erhält. Das stellt jetzt an die Organisation der Ermittlungen erhöhte Voraussetzungen. Es ist natürlich viel einfacher, wenn man gegen einen Einzelfall vorgeht oder eine kleine Gruppe von, sagen wir mal, zehn Tätern, als wenn man ja ebenso eine Riesenbranche betrachtet. Und das ist schwierig, die Ermittler überhaupt alle zu bekommen. Das hat ja Jahre bedauert, bis wir ausreichend Ermittlungspersonen überhaupt bekommen haben, die auch an den unterschiedlichsten Stellen saßen. Das war sehr schwer im Grunde genommen, mit allen zu kommunizieren, weil die alle unterschiedliche Systeme nutzen.

Heinemann: Stichwort unterschiedliche Stellen, ich habe mich immer gefragt, wenn ich es gelesen habe, wie durchsucht man eigentlich eine Bank?

Brorhilker: Also im besten Fall genauso, wie man andere Häuser und Unternehmen auch durchsucht, tatsächlich ist das gar nicht so üblich. Tatsächlich, als ich angefangen habe, ist mir auch sofort gesagt worden, na ja, Banken kann man nicht durchsuchen. Das fand ich irgendwie fragwürdig, weil ich gedacht habe: Wieso, dies ist auch ein Gebäude mit Menschen drin, warum sollte man es nicht durchsuchen können?

Heinemann: „Kann“ im Sinne von nicht können oder nicht dürfen?

Brorhilker: Also gemeint war natürlich, das gibt halt richtig Ärger. Also die Branche kann sich wehren mit Dienstaufsichtsbeschwerden und Strafanzeigen und so. Ich denke, das war gemeint, wenn solche Sätze fielen im Rahmen des Kollegenkreises. Mir hat es aber sowieso nicht eingeleuchtet, und ich hatte auch von Anfang an sofort mit dem Landeskriminalamt zusammengearbeitet, die da auch keine Beißhemmung hatten. Also wir haben dann schon sofort Banken genauso durchsucht wie andere Unternehmen. Und das bedeutet, man braucht eben einen ordentlichen Personaleinsatz von etwa 100 Mann mindestens. Das sind ja große Gebäude. Wir haben da ja auch unsere Routinen entwickelt. Später war dann klar, okay, ich brauche erst einmal einen Gebäudeplan. Ich muss erst einmal zum Hausmeister gehen, mir einen Gebäudeplan besorgen, damit ich überhaupt weiß, wo sind Tresore, wo sind Kellerräume, wo sind Stauräume. Und da überall müssen dann auch Ermittler hin und sich das anschauen. Dann müssen wir schauen: Wo sind die Abteilungen, die uns jetzt insbesondere interessieren für diese Art von Geschäften? Wer sind die Ansprechpartner? Wo haben die überhaupt ihre Daten? Das meiste in Banken ist ja heutzutage gar nicht mehr papiermäßig erfasst, sondern elektronisch. Also wie sind die technischen Systeme ausgestaltet? Wir haben immer Datengespräche geführt, also unsere Techniker mit deren Technikern. Und das waren dann schon sehr aufwendige Maßnahmen und natürlich auch im Nachgang

sehr aufwendig, das alles auszuwerten, was man da eben an Papier und vor allen Dingen an Datenmengen rausgeschleppt hat.

Heinemann: Inwiefern hat das Bundesfinanzministerium oder auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen Ihre Ermittlungen unterstützt?

Brorhilker: Also die BaFin ist ja Bankenregulierung, Bankenaufseher und keine Strafverfolgungsbehörde. Und von daher haben sie etwas andere Aufgaben als die Strafverfolgung, aber wir haben überschneidende Bereiche. Also wenn jetzt im Strafverfahren herauskommt, dass Menschen aus der Führungsebene von Banken sich strafbar gemacht haben, dann sind die natürlich auch nicht mehr geeignet, diese Führungsposition innezuhaben. Das wäre also relevant dann auch für die BaFin. Relevant für die BaFin ist auch, ob eine Bank riesige Rückzahlungen leisten muss, wenn jetzt also sich bestätigt, dass sie eben illegalerweise sich haben Steuer erstatten lassen, auf die sie keinen Anspruch haben, dann müssen sie diese natürlich zurückzahlen. Das können ja sehr große Summen sein. Das war lange in der öffentlichen Diskussion, ob die Hamburger Warburg-Bank diese Rückzahlungen überhaupt leisten kann. Und das ist dann für die BaFin auch relevant unter dem Gesichtspunkt der Solvenzaufsicht. Also sie muss eben schauen, kann die Bank das stemmen oder kann sie darüber pleitegehen. Das sind also auch alles Dinge, wo wir Überschneidungen haben. Das musste sich auch alles so ein bisschen einpendeln, weil das war ja für alle Behörden neu, diese Massivität der Vorwürfe, diese Umfänge von Verfahren. Aber über die Zeit hat sich das eigentlich ganz gut entwickelt, dass dann eben auch ein gegenseitiges Verständnis gewachsen ist, und auch bei der BaFin das Verständnis gewachsen ist, dass sie sich eben auch tatsächlich über die Inhalte der Strafverfahren informieren muss, um da eben mit ihrem Aufsichtsinstrumentarium auch agieren zu können.

Heinemann: Also mit Zeitverzug kam dann diese Unterstützung?

Brorhilker: Ja, Unterstützung will ich das nicht nennen. Das hört sich so an, als würden die uns zuarbeiten. Das ist natürlich nicht der Fall. Die haben ja eigene Aufgaben, aber Behörden müssen sich natürlich, was die Tatsachen betrifft, austauschen. Denn wenn diese Tatsachen im Strafverfahren zutage gefördert werden, dann muss der Regulator natürlich damit weiterarbeiten. Und das war am Anfang so ein bisschen holprig, weil erst völlig unklar war, wie eigentlich so die Abläufe gegenseitig sind. Wie gesagt, Behörden kennen sich eigentlich oft gar nicht und sprechen nicht viel miteinander. Und das ist dann aber gewachsen, dieses Verständnis füreinander. Und da sieht man eben, was es ausmacht, wenn man in der Praxis einfach auch zusammenarbeitet.

Heinemann: Interview der Woche im Deutschlandfunk, heute mit Anne Brorhilker, Vorstandsmitglied des Vereins Bürgerbewegung Finanzwende, ehemalige Oberstaatsanwältin und Ermittlerin rund um die Cum/Ex-Steuerstraftaten. Frau Brorhilker, der Banker Christian Olearius hatte sich mit Olaf Scholz, damals Regierungschef in Hamburg, getroffen. Die Finanzbehörden ließen eine Steuerforderung fallen. Scholz berief sich auf Erinnerungslücken. Welches Signal ging von Olaf Scholz' Aussage aus?

Brorhilker: Ich fürchte, das haben ihm die wenigsten Menschen in Deutschland geglaubt. Und es gab ja auch einmal eine Umfrage, die das eben so auch bestätigt hat. Das heißt, seine Glaubwürdigkeit als Politiker hat schon stark gelitten. Und das ist natürlich sehr schade, insbesondere wegen des hohen Amtes, was er innehatte. Also ich glaube nicht, dass ihm das klar war. „Ich erinnere mich an nichts“ ist eine juristisch kluge Aussage, mit der man sich dann eben aus der Affäre ziehen kann, weil man ja als Ermittler nicht widerlegen kann oder sehr schwer nur widerlegen kann, ob man sich nun an Sachen erinnert oder nicht. Aber ich glaube, etwas aus dem Blick geraten ist, dass er eben auch noch als Politiker wahrgenommen wird, und das hat ihm die Glaubwürdigkeit schon, glaube ich, ziemlich untergraben.

Heinemann: Das führt zu der Frage: Ist der politische Wille zur Aufarbeitung und zur Aufklärung vorhanden?

Brorhilker: Da ist, glaube ich, wirklich noch Luft nach oben.

Heinemann: Tatsächlich?

Brorhilker: Ja, das ist mein Eindruck. Ich habe letztens zum Beispiel noch mit dem Regisseur der ZDF-Serie gesprochen. Es ist ja auch eine ZDF-Serie über Cum/Ex gedreht worden. Die ist auch in der Mediathek erhältlich. Und ein Teil davon spielt in Dänemark, so ein dänischer Handlungsstrang. Und da erzählte er mir noch, dass er in Dänemark das ganz anders erlebt hat. Also da ist es live im Fernsehen übertragen worden offensichtlich, dass einer der Hauptakteure, der Dänemark da extrem geschadet hat, aus Dubai ausgeliefert worden ist. Und diese Auslieferung ist live im Fernsehen übertragen worden. Das könnte man sich jetzt hier kaum vorstellen. Vorgegangen war sogar noch der Umstand, dass der dänische Staat sich aktiv dafür eingesetzt hat, dass eben dieser Täter aus Dubai ausgeliefert werden kann. Das ist normalerweise nicht möglich. Offensichtlich sind da irgendwelche besonderen Absprachen getroffen worden. Und das hätte man sich jetzt hier auch unter Olaf Scholz kaum vorstellen können.

Heinemann: Wobei natürlich auch für den dänischen – in Anführungszeichen – Täter die Unschuldsvermutung gilt, solange bis er verurteilt ist.

Brorhilker: Er ist verurteilt worden mittlerweile.

Heinemann: Mittlerweile, aber vorher wäre da unter Umständen jemand gebrandmarkt worden, der noch nicht verurteilt war.

Brorhilker: Nein, diese Auslieferung basierte ja schon auf Gerichtsurteilen. Es ging nur darum, dass die Auslieferung umgesetzt wurde. Und das hängt davon ab, in welchem Staat sich der Täter befindet und wie da so die bilateralen Verträge ausgestaltet sind, ob die ihre Landsmänner an andere Staaten ausliefern oder nicht. Das war normalerweise in Dubai nicht der Fall. Das heißt, es ist offensichtlich im Hintergrund dann ein völkerrechtlicher Vertrag geschlossen worden, was auch immer. Ganz genau weiß man das nicht, aber es ist jedenfalls darauf hingewirkt worden, dass sozusagen die strafrechtliche Verfolgung auch voranschreiten konnte gegen jemanden, der Dänemark wirklich stark geschädigt hat. Da ging es, glaube ich, um 800 Millionen, wenn nicht noch mehr. Ich habe es gar nicht ganz im Kopf, auf jeden Fall eine irre Summe. Das meine ich damit. Natürlich gilt die Unschuldsvermutung, aber er ist eben mittlerweile auch verurteilt worden, und er streitet das auch gar nicht ab. Er hat dazu Interviews geführt. Also das ist schon jemand, der sehr auffällig ist, der auch gar nicht hinter dem Berg hält. Er hält den Staat eben für dumm, hat er einmal öffentlich gesagt. Deswegen finde ich es gut, dass sich Dänemark da so aktiv eingesetzt hat, eben so jemanden auch habhaft zu werden.

Heinemann: Was haben Sie im Zuge Ihrer Ermittlungen über die Straftäter gelernt?

Brorhilker: Was habe ich über die gelernt? Also sie haben mein Bild bestätigt, was ich auch schon von anderen Steuerhinterziehern im Vorfeld den Eindruck hatte. Ich habe ja auch vorher schon viel schwere Steuerkriminalität bearbeitet. Das sind eben meistens Täter, bei denen man Einsicht mit der Lupe suchen muss. Sie sind nicht geständig größtenteils.

Heinemann: Es gibt kein Unrechtsbewusstsein?

Brorhilker: Ja, also hinter den Kulissen wohl schon, aber es wird nicht nach außen geäußert. Nach außen wird sich meistens empört gezeigt, dass man überhaupt mit solchen Vorwürfen überzogen wird, das wäre eine Unverschämtheit. Dann schlagen so bestimmte Sprachschablonen zu Buche, die tatsächlich auch die Forschung bestätigt hat, dass das typischerweise für Wirtschaftskriminelle so ist. Also sie sagen: „Ich bin gar nicht kriminell, wenn, dann sind andere schuld. Vor allem ist der Staat schuld. Der hätte halt bessere Gesetze machen müssen. Eigentlich stand mir das Geld doch zu. Ich bin doch eigentlich ein tüchtiger Mensch. Und überhaupt, der Staat hätte mich von Straftaten abhalten sollen.“ Also solche Sprachschablonen werden in

der Forschung beschrieben, in der kriminologischen Forschung. Und die konnte ich aber wirklich eins zu eins in den Vernehmungen immer abhören. Also es war wirklich frappierend, dass da immer dieses Programm abgespult wurde. Dahinter steckt, das ist auch erforscht, ein psychischer Mechanismus, den nennt man Rationalisierung. Man redet sich das Ganze schön. Und warum machen das gerade Wirtschaftsstraftäter? Weil die ein besonders großes, gut ausgeprägtes Selbstwertgefühl haben. Das ist durchaus anders als zum Beispiel bei Drogentätern, die in ihrem Leben oft noch nicht viel auf die Kette gekriegt haben und denen das auch sehr bewusst ist. Also die haben ja oft eine Broken-Home-Geschichte, die Schule nicht geschafft, Ausbildung nicht geschafft und haben deswegen auch ein ganz anderes Bild von sich als Wirtschaftskriminelle, die in der Regel sozial voll integriert sind, eine Top-Karriere haben, Top-Ausbildung haben und da ja auch viel geschafft haben und dafür auch bewundert werden und deswegen ein ganz anderes Bild von sich selbst haben. Und das soll geschützt werden.

Heinemann: Über welche Ressourcen verfügen sie, wenn die Finanzverwaltung oder eine Oberstaatsanwältin ihnen auf die Schliche kommt?

Brorhilker: Dann werden alle Hebel in Bewegung gesetzt. Also erst einmal wird sich selber empört. Dann werden natürlich Anwälte eingeschaltet, meistens auch sehr teure und sehr viele. Und die tun dann das, was von ihnen verlangt wird, also ordentlich Gegenwind machen. Und das machen sie einmal direkt im Verfahren. Also dann kriegt man einen 1.000-Seiten-Schriftsatz auf den Tisch geknallt jede Woche oder aber es wird noch ein nächster Gang gezündet, Dienstaufsichtsbeschwerden erhoben, dann oft auch Strafanzeigen. Das ist schon fast ein normales Mittel, dass dann eben auch die Ermittler eine Strafanzeige kriegen. Das habe ich auch mehrfach schon in meinem Leben gehabt. Und neuerdings leisten sich solche Täter auch nicht nur teure Anwaltskanzleien, sondern auch noch PR-Berater. Das nennt sich dann Litigation-PR. Das kommt aus den USA, dieser Trend. Das heißt, man möchte auch den Rechtsfall mittels der Beeinflussung der öffentlichen Meinung beeinflussen. Also man geht an die Öffentlichkeit, macht Medienstrategien, um eben die öffentliche Meinung zu beeinflussen und dadurch wiederum auch die rechtliche Prüfung zu beeinflussen. Das sieht man heute immer wieder. Das wird mittlerweile viel in der Zeitung von Anwälten kommuniziert, die sich eben da meistens sehr empören. Und gerade im Rechtsbereich spielt auch noch eine Rolle, dass diese Branche in der Lage ist, auch die Rechtswissenschaft zu beeinflussen, indem sie zum Beispiel Fachartikel lancieren. Also das hat auch der Bundestagsuntersuchungsausschuss 2016 zutage gefördert, dass offensichtlich Professoren angesprochen worden sind von Cum/Ex-Tätern. Die sollten in erster Linie Gutachten erstellen, also Parteigutachten gegen Geld. Das ist dann auch gemacht worden. Und einige von

diesen Professoren haben dann eben diese bezahlten Gutachten in sozusagen pseudowissenschaftliche Aufsätze gekleidet und damit die Fachzeitschriften geflutet.

Heinemann: Können Sie ein Beispiel geben?

Brorhilker: Ja, also Namen möchte ich jetzt nicht nennen, weil ich mir nicht ganz sicher bin, ob das medienrechtlich in Ordnung ist. Und wir wissen ja, wie wehrhaft die Branche ist, aber diese Namen sind eigentlich im Untersuchungsausschuss bekannt gegeben worden. Es waren eben einige Professoren, die genau das gemacht haben und die ursprünglich auch zum Beispiel im Untersuchungsausschuss als Zeuge qualifiziert waren und die dann diesen Zeugenstatus auch wieder verloren haben bzw. den Sachverständigenstatus wieder verloren haben und zum Zeugen degradiert wurden wegen dieser Vorgänge. Und daraus hat man eigentlich den Schluss gezogen, dass man heute unter solche fachwissenschaftlichen Aufsätze Transparenzhinweise setzen sollte. Also man sollte darunter schreiben, ich stehe zum Beispiel in geschäftlichen Beziehungen mit dem und dem Täter, damit das einfach klar ist sozusagen, aus welcher Richtung man da kommt. Und wie gesagt, als ich anfang 2013, habe ich natürlich auch sofort in die Fachzeitschriften geguckt, ob da denn etwas drin steht zu Cum/Ex. Und da standen wahnsinnig viele Aufsätze drin, also wirklich 50, 60 oder noch mehr, die alle ins gleiche Horn bliesen, was schon ungewöhnlich ist. Normalerweise ist ein viel ausgeglicheneres Meinungsbild im Strafrecht vorhanden, aber hier schrieben alle in eine Richtung. Und sie schrieben ziemlich unverständliches Zeug, faselten nämlich immer etwas von Markteffizienzen, vorher diese enormen Gewinne stammen sollten. Also es wären mitnichten steuerliche Effekte gewesen, das wurde immer so abgestritten, sondern das sollte aus Markteffizienzen kommen. Dazu gab es ganz lange Sätze und ganz blumige Erklärungen, die eigentlich darauf abzielten, dass man es eben nicht versteht. Die sollten ja verwirren und sollten auch abschrecken. Zum Glück ist das nicht passiert, diese Abschreckung, weder bei mir noch bei meinen Kollegen in Frankfurt, aber darauf zielte das Ganze ab, dass man also da reinguckt und denkt, dagegen habe ich doch eh keine Chance.

Heinemann: Gerhard Schick, Bündnis 90/Die Grünen, Anne Brorhilker, Staatsanwaltschaft Köln, Kevin Kühnert, ehemaliger SPD-Generalsekretär, wenn sich immer mehr Oberstaatsanwälte aus der Justiz oder führende Politiker aus der Politik zurückziehen und in Organisationen wie die Finanzwende wechseln, was sagt das aus über das Justizsystem oder das politische System dieses Landes?

Brorhilker: Uns eint, glaube ich, die Erkenntnis, dass wir strukturell Dinge verändern müssen zum Besseren der Finanzen.

Heinemann: Aber nicht innerhalb des Systems.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Brorhilker: Genau, das ist schwierig, wenn man innerhalb des Systems ist. Also jetzt zum Beispiel ich selber war ja Beamtin und deswegen auch in Hierarchien eingebunden und auch an Loyalitätspflichten gebunden. Das war also gesetzlich vorgeschrieben. Und es war auch überhaupt nicht meine Aufgabe, Systeme zu verändern. Meine Aufgabe war, Einzelfälle zu bearbeiten. Und wenn man dann nicht ganz oben in der Hierarchie steht, also sprich Fachminister ist, Justizminister ist, dann kann man da eben keine strukturellen Veränderungen anstoßen und auch durchführen. Aber das ist dringend erforderlich, weil es eben für viele sehr engagierte Kollegen in diesen Bereich wahnsinnig schwer ist, diese Taten aufzuklären und vor die Gerichte zu bringen und dort das Ganze auch durchzuziehen. Wenn man das ändern möchte, wenn man es so gestalten will, dass es einfach nicht immer so ein Kraftakt ist, dann, meine ich, geht das nur, wenn man eben außerhalb des Systems ist, weil nur dann kann man die Probleme offen ansprechen, öffentliche Debatten anstoßen und auch Druck organisieren, damit eben diejenigen, die das ändern können, und das sind die Fachminister, damit die eben auch diese Änderungen machen, durchführen.

Heinemann: Sie haben Probleme benannt, Vernetzung, Personal, Föderalismus. Was raten Sie Ihren ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in der Justiz und in der Finanzverwaltung, die wegen Steuerhinterziehung ermitteln?

Brorhilker: Die können natürlich jetzt wenig an diesen Strukturen selber verändern, aber denen rate ich, sich klarzumachen, dass die Einschüchterungsversuche der Finanzbranche auch viel heiße Luft sind. Also sie sollen sich nicht entmutigen und einschüchtern lassen von diesen vielen falschen Erzählungen, die da kursieren. Also eine Strategie zum Beispiel ist immer gewesen, die Dinge künstlich zu verkomplizieren. Ich sprach schon gerade von diesen langen Sätzen und diesen komischen Wörtern, die da immer benutzt werden. Es ist völlig unklar, was sie so meinen. Das kann man gar nicht oft genug sagen. Dem sollte man einfach kritisch gegenüberstehen. Man sollte sich selber zutrauen, dass man sich davon nicht die Sinne vernebeln lässt, sondern kritisch bleibt und nachfragt und denkt, was wollen die mir jetzt eigentlich damit sagen? Ist das ein echtes Argument oder sind das einfach nur viele Worte, die mich hier gerade irgendwie einlullen sollen. Das ist, glaube ich, ganz wichtig, wenn man mit dieser Branche es zu tun hat.

Heinemann: Frau Brorhilker, so schnell verstehen 25 Minuten. Danke schön für das Gespräch.

Brorhilker: Sehr gerne.